

# Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

**Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten**  
Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinpektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



**Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten**  
Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage  
Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag von Friedrich May G. m. b. H. in Bischofswerda. Fernsprecher Nr. 444 und 445

**Verkaufsweg:** Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbmöndlich Mk. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 15 Pfg. — Alle Postanstalten, sowie unsere Zeitungsverleger und die Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

**Postcheckkonto:** Amt Dresden Nr. 1521. **Gemeindefordernis:** Bischofswerdaer Konto Nr. 64.  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beiderbestellungsrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

**Anzeigenpreis (in Goldmark):** Die 43 mm breite einseitige Grundzeile 25 Pfg., dreifache Anzeigen 20 Pfg., die 60 mm breite Reklamezeile (im Textteil) 70 Pfg. Zahlung in Papiermark zum amtlichen Briefkurs vom Zahlungstag, jedoch nicht niedriger als zum Kurs vom Tage der Rechnung. — Rabatt nach Tarif. Für Sammelanzeigen tarifm. Aufschlag. — Erfüllungsort Bischofswerda

Nr. 70

Mittwoch, den 24. März 1926.

81. Jahrgang

## Tageschau.

\* Auf der Straße Riesa-Esternwerda stehen Montag nachmittag zwei Güterzüge mit Personenbesatzung zusammen, wobei drei Personen getötet, 7 schwer und vier leicht verletzt wurden.

\* Reichsfinanzminister Dr. Reinhold gab im Steuer-ausschuß des Reichstages das mit den Regierungsparteien vereinbarte Steuerkompromiß bekannt, in dem vorgesehen ist, daß die Umsatzsteuer statt auf 0,6 nur auf 0,75 Prozent e. mößigt, die Weinststeuer aufgehoben und die Erhöhung der Biersteuer verschoben wird.

\* Die Universitäts Bonn hat dem Reichspräsidenten von Hindenburg bei seinem Besuch am Montag die Würde eines Ehrendoktors der Staatswissenschaften verliehen.

\* Reichspräsident von Hindenburg hat in Bonn am Denkmal Kaiser Wilhelms I., dessen 109. Geburtstag am Montag war, einen Kranz niedergelegt.

\* Nach Meldungen aus Warschau soll auf der Genfer Tagung ein englisch-polnisches Geheimabkommen gegen Rußland abgeschlossen worden sein.

Zwischen dem Reich und den Ländern schweben Verhandlungen wegen der Beschaffung langfristiger Kredite für das Handwerk, da die bisher bewilligten Sondertredite sich nicht bewährt haben.

Die deutsche Außenhandelsbilanz ist auch im Februar wie in den beiden Vormonaten aktiv. Der Ausfuhrüberschuß im Februar beträgt insgesamt 67 Millionen Reichsmark, im reinen Warenverkehr 121 Millionen Reichsmark gegen 87 Millionen Reichsmark im Januar und 36 Millionen Reichsmark im Dezember.

Zu den mit \* bezeichneten Meldungen finden die Leser Ausführliches an anderer Stelle.

## Stresemanns Verteidigung.

Dsd. Berlin, 22. März 1926.

In der Reichstagsitzung am Montag hat statt dem Kanzler überraschenderweise der Außenminister das Wort ergriffen, um über Genf Rechenschaft abzulegen. Der blöde Redner, der gefährliche Lattiker Stresemann reitet keine Attacke. Er hält sich zurück, er verteidigt sich nur. Er entwickelt die Geschichte des deutschen Aufnahmegesuches in den Völkerbund von 1919 an und geht dann erst auf die eigentlichen Genfer Vorgänge der letzten Wochen ein. Aber diese Zurückhaltung Stresemanns ist klug. Das Abschweifen, das Weiterschleppen der ruhigen Betrachtung fesselt die Hörer und zwingt sie in eine Logik, die sie sonst vielleicht nicht mitzumachen vermöchten. Er wägt genau ab, um die rechte und die linke Opposition nicht gar zu sehr aufzuregen, aber er wendet sich doch zumeist mehr an die Rechte, weil er der Sozialdemokraten sicher zu sein glaubt. So betont er mit größter Schärfe, daß die deutsche Delegation „geradezu mit äußerster Starrheit“ an ihrem alten Standpunkt festgehalten habe. Boshafte Zuhörer murmeln dabei... dank Braslens. Der Außenminister legt größten Wert auf gute und geschickte Ausmalung jeder einzelnen deutschen Ablehnung irgendeines Vermittlungsvorschlages. Und zu allgemeiner Ueberraschung macht er schließlich das Geständnis, daß diesmal im Völkerbund nicht die Sehnsucht nach Weltfrieden bestimmend gewirkt habe, sondern — brutaler Völkeregoismus. Wirklich eine bemerkenswerte Erkenntnis Dr. Stresemanns.

Der Kern der Rede des Außenministers ist die Feststellung, daß Deutschlands Politik einen großen moralischen Sieg davongetragen habe und daß das Reich bis zu einem gewissen Grade wieder freie Hand besitze. Er verabsäumt es dabei auch nicht, Herrn Briand zu versichern, daß das Märchen von einem angeblich aus taktischen Gründen erfolgten Sturz von seinem ernsten Menschen geglaubt werden könne. Er macht Herrn Chamberlain das Kompliment, daß die britische Delegation streng nach den erhaltenen Befehlen alles getan hätte, um Deutschlands Eintritt nicht zu verhindern zu lassen und er macht Polen die Zusage, daß Deutschland an sich garnichts gegen seinen östlichen Nachbar habe.

Dr. Stresemann stellt dann fest: Wie sind moralisch und sachlich vom deutschen Standpunkt aus nicht geschwächt aus der Konferenz hervorgegangen. Die Art, in der man im Völkerbund über Deutschland sprach, bedeutet eine moralische Genugtuung für uns angesichts der Art und Weise, wie man 1919 glaubte, über Deutschland sprechen zu dürfen.

Der Außenminister hebt dann hervor, daß unter Aufgabe der sonst für die Deffektivität eines Staates in den

Völkerbund vorgeschriebenen Bestimmungen die erste Kommission beschlossen habe, von jeder Befragung Deutschlands abzusehen und lediglich einstimmig zu erklären, daß Deutschland seine internationalen Verpflichtungen erfüllt habe. Um diese Anerkennung haben wir jahrelang gekämpft. Man sprach aber immer vom schlechten Willen Deutschlands. Doch alle diese Momente mit einem Abbruch von unserer Seite beantwortet werden könnten, wäre die größte Torheit gewesen.

Ich erkläre, es ist nicht unser Wunsch oder Wille, daß es zur Änderung unserer Haltung gegenüber dem Völkerbund kommt. Unser Wunsch und Wille geht auf ein gleichberechtigtes Mitwirken im Rahmen des Völkerbundes zur Wahrung der deutschen Interessen in diesem Bunde. (Beifall.) Man muß hervorheben, daß der Ausbruch Siegerstaaten jetzt viel weniger gebraucht wird als je. Die Völker haben erkannt, daß aus dem Weltkrieg niemand glücklich hervorgegangen ist, und daß es gilt, die gemeinsamen Interessen gemeinsam zu wahren. Mit dieser Auffassung ist logisch eine andauernde weitere Befragung der zweiten und dritten Zone nicht zu vereinbaren. (Lebhafte sehr richtig!) Hier liegt das große Ziel, das wir zu verfolgen haben. Auch da ist eine Verrückung des Denkens auf der anderen Seite vor sich gegangen.

Briand hat auf Anfrage in der Kammer erklärt, daß ich recht habe, wenn ich den Artikel 431 des Versailler Vertrages dahin auslege, daß, wenn Deutschland seine internationalen Verpflichtungen erfüllt hat, eine Vertügerung der Befragungsfristen eintreten wird. Es ist noch nicht lange her, daß wir ganz andere Worte aus der französischen Kammer gehört haben. (Abg. von Graefe (Dsd.): Das sind ja nur Worte!) Wenn es nur Worte wären, dann wäre Köln noch heute besetzt und nicht geräumt. (Beifall links. Abg. von Graefe: Darauf hatten wir längst ein Recht.) Sie berufen sich sonst, Herr von Graefe, immer auf die Macht, nur wenn es Ihnen in den Kram paßt, auf das Recht. (Abg. von Graefe ruft: Sie machen Taschenspielerkünste.) Dr. Stresemann schlägt erregt mit der Faust auf den Tisch und ruft gegen den Abg. von Graefe: Ich weise diese Unverschämtheit zurück. (Von der Linken kommen drohende Rufe gegen den Abg. von Graefe. Präsident Loebe ruft den Abg. von Graefe zur Ordnung und erklärt, auch die Antwort des Ministers habe nicht der parlamentarischen Ordnung entsprochen.) Minister Dr. Stresemann fährt fort: Auch der Kölner Oberbürgermeister Dr. Widenauer hat auf der Kölner Befreiungsfeier anerkannt, daß diese Befreiungsfeier nur möglich geworden ist durch die Politik von Locarno. Seit 1919 ist die deutsche Außenpolitik nur darauf gerichtet, die Bedrückungen Deutschlands zu vermindern, von unerträglichen zu erträglicheren Verhältnissen zu kommen. In dieser Beziehung hat uns Locarno und hat uns auch Genf einen großen Fortschritt gebracht. Eine andere deutsche Außenpolitik ist bei der Lage Deutschlands nach dem verlorenen Krieg gar nicht möglich. In sachlicher Würdigung des Geschehenen werden wir fortfahren, an einer Verminderung der deutschen Bedrückung zu arbeiten. Die Regierung hofft, daß sie bei dieser Politik die große Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich haben wird.

Reichskanzler Dr. Luther erhob sich und beglückwünschte Dr. Stresemann.

### Die Ausprache.

Der sodann zum Worte gelangte Abg. Dr. Breitfeld (Sdz.) hat sich im letzten Augenblick von der Rednerliste freiziehen lassen. Abg. Graf Westarp (Dsd.) fragt, wie man den Bericht des Abg. Breitfeld auffassen solle. Vielleicht meine er, daß sich auf die Rede des Reichsaussenministers eine Antwort nicht verlöhne, oder sei etwa die Rede des Ministers so im sozialdemokratischen Fahrwasser gewesen, daß kein Anlaß sei, parteipolitische Angriffe zu eröffnen? Der Redner nimmt Bezug auf die Befreiungsfeier in Köln und dankt den rheinischen Brüdern für die Tapferkeit, mit der sie die Fremdherrschaft erduldet haben. Die Räumung Kölns war ein Rechtanspruch, den man uns über Jahr und Tag trotz Locarno und Völkerbund rechtswidrig vorenthalten hat. Deshalb können wir diese Räumung nicht auf das Konto Locarno buchen. Wir haben trotz dieser Feier die Pflicht, ernste Worte zu der Katastrophe abzugeben zu sagen. Wir lehnen mit aller Schärfe den Optimismus ab, der den Versuch macht, das, was in Genf geschehen ist, zu beschönigen. Uns fehlt für die Auffassung des Außenministers jedes Verständnis. Mit Empörung erfüllt uns, was Deutschland in Genf zugefügt worden ist. Als eine Demütigung empfinden wir es, daß die deutschen Unterhändler zehn Tage lang in Genf warteten und dann unerrückter Dinge wieder abgeben mußten. Der Völkerbund ist keine Stütze, in der Deutschland seine berechtigten Forderungen vertreten und seine Würde wahren kann. Er ist ein Instrument feindlicher Niederhaltung des Deutschen Reiches und der deutschen Nation. Man braucht nur an Oberschlesien, das Saargebiet, Danzig, Memel und die deutschen Minderheiten in Polen zu denken. Das Ergebnis der Genfer Verhandlungen ist die Folge der unserigen Politik Dr. Luthers und Dr. Stresemanns. Jeden Versuch, das Schicksal und die Verantwortung dieser beiden

deutschen Vertreter zu trennen, lehnen wir ab. Gemeinsam war die Arbeit der beiden Herren, gemeinsam ist ihr Erfolg oder Mißerfolg, gemeinsam die Kritik und die Verantwortung. Wir sehen in Genf einen vollen Zusammenbruch, einen Deutschland schwer schädigenden Mißerfolg der Völkerbundspolitik Luthers und Stresemanns. Wir mißbilligen das Verhalten der beiden deutschen Delegierten, die das deutsche Ansehen in der Welt geschädigt haben. Der letzte Grund für die Genfer Katastrophe ist in Locarno gelegt worden. Die warnenden Stimmen der Deutschnationalen wurden nicht gehört. Die Auffassung der Deutschnationalen ist durch die Ereignisse von Genf nur noch bestätigt worden. Der von Luther und Stresemann empfohlene Weg in den Völkerbund hat sich erneut als falsch erwiesen. Notwendig ist daher die Zurückziehung des deutschen Eintrittsgesuches.

Abg. Kaas (S.) gibt zu, daß der Völkerbundsgebante in Genf einen Rückschlag erlitten hat. Vielleicht hätte die Regierung vor der Abreise nach Genf erst volle Klarheit darüber schaffen müssen, ob Polen, wie im polnischen Sejm mitgeteilt worden war, ein Ratifizierung zugesagt worden war. (Minister Stresemann: Im Sejm hat der polnische Außenminister niemals von der Zusage eines Ratifizierung gesprochen.) Die berechtigten Kritik im einzelnen ändere aber nichts daran, daß die Haltung der deutschen Delegation in Genf den deutschen Interessen und der deutschen Würde dienlich war.

Abg. Freiherr v. Rheinbaben (D. Sp.) billigt ebenfalls die Haltung der deutschen Delegation in Genf. Es sei auch zweifellos gewesen, daß die Rundgebung über die Fortsetzung der Locarno-Politik unmittelbar nach dem Scheitern der Genfer Konferenz herausgegeben wurde. Wir hätten auch ein Interesse daran, daß die Locarno-Verträge bald rechtlich bindende Kraft erlangen. Diese Verträge seien ein Stück des Befreiungsstempels, den Deutschland führt. Die Unehrlichkeit und die Hypokrisie unserer Gegner in Genf waren vorhanden und konnten von uns nicht mit gleichen Mitteln überwunden werden. Die Außenpolitik sollte endlich dem Parteienzwang entzogen werden. Wenn Deutschlands Eintritt in den Völkerbund überhaupt noch einmal in Frage komme, dann nur nach festen Sicherungen gegen eine Wiederholung solcher Dinge, wie sie in Genf vorkamen. Auch wir halten den Völkerbund in seiner jetzigen Form für einen Hort der Scheinheiligkeit und der Intrigen. Die schliche Völkerbundsmethode ist immer noch die Folge der alten Kriegspropaganda gegen Deutschland. Um diesen Zustand zu ändern, müssen wir gerade hinein in den Völkerbund, denn wir dürfen den Kampf um unsere Weltung nicht schwächen und selbe ausweichen.

Abg. Stoeker (Komm.) kritisiert scharf das Verhalten der deutschen Delegation in Genf und warnt vor einem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

Abg. Graf von Bernstorff (Dem.) hebt hervor, daß von einer Niederlage Deutschlands in Genf nicht die Rede sein könne. Eine Reform des Völkerbundes liege gerade im deutschen Interesse. Der Völkerbund sei bisher gefährlich gewesen, als Machtinstrument der Siegerstaaten. Das würde sich aber nach Deutschlands Eintritt ändern.

Abg. Dr. Bredt (Wirtsch. Bergg.) spricht sich grundtätig für den Gedanken der Befriedung Europas auf dem Wege internationaler Verständigung aus. Der Zeitpunkt für den Eintritt in den Völkerbund sei für Deutschland aber noch nicht gekommen. Der Mißerfolg von Genf war zu erwarten.

Abg. Graf von Lerchfeld (Bayr. Sp.) nennt Genf einen Rückschlag in die Methoden der alten Politik und eine schwere Erschütterung des Völkerbundes. Die Bayerische Volkspartei stimme der Billigungsformel zu, weil sie die Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik wünscht. Die Vereinigten Staaten von Europa lehnt der Redner ganz entschieden ab.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen, und das Haus vertagt die Weiterberatung auf Dienstag vormittag.

## Die amerikanische Presse zur Rede Stresemanns.

New York, 23. März. (Drath.) Bei Besprechung der gestrigen Rede Stresemanns legen die New Yorker Zeitungen das Schwergewicht auf die Worte des Außenministers, nach denen durch den Zusammenbruch in Genf der Völkerbund gestiftet habe und nach denen die Völkerbundsmitglieder keine Ordnung unter sich hätten schaffen können. Da die meisten führenden Zeitungen während der Genfer Tagung hervorgehoben, daß Deutschland mit dem Aus in der Hand erwartet habe und gedemütigt worden sei, so versteht man heute in weitesten Kreisen Amerikas den deutschnationalen Antrag und stimmt den Worten Westarps über Deutschlands Niederlage und Demütigung zu.

## Englisch-polnisches Geheimabkommen?

Berlin, 23. März. Die Deutsche Tageszeitung meldet aus Warschau: In politischen Kreisen spricht man von geheimnisvollen Abmachungen, die während der Genfer Völkerbundtagung zwischen Chamberlain und Strzyński getroffen worden seien. Chamberlains Bestreben gehe dahin, Polen in die antibolschewistische Front einzuführen. Diese Bemühungen hätten vollen Erfolg gehabt. Chamberlain habe Strzyński auf die Notwendigkeit zum Raketen Secret für Polen hingewiesen. (Schluß)